

„Erst Sowjet-Deutschland bringt Brot und Freiheit!“

322

Die große Rede des Genossen Ulbricht in der gestrigen Reichstags-Sitzung

Auf der Donnerstag-Sitzung des Reichstages steht die Abgabe der Regierungserklärung durch Reichkanzler Brüning und die Aussprache der Parteien, Tribünen und Reglerungsstände im Vordergrund. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt für die kommunistische Fraktion

Genosse Stoedter

das Wort und verlangt die Beratung der kommunistischen Interpellation, in der die neuen Staatsratspläne der Volkspartei und anderer führender Kreise der Bourgeoisie enthalten werden. Danach erhält das Wort

Reichkanzler Brüning

(Dauernde kommunistische Zurufe: „Hungerkanzler! Nieder mit der Diktatur-Regierung!“)

Der vorliegende Etat muß auf alle Fälle bis zum 31. März erledigt werden. Die Regierung wünscht die Erledigung auf parlamentarischem Wege. Steuern können nicht mehr erhöht werden. Darum bleibt uns nur übrig, an den Ausgaben zu sparen. Kommunistische Unterbrechungen. Zurufe: „Der Sozialetat soll wohl ganz gestrichen werden!“

Die Regierung verlangt vom Reichstag eine Ermächtigung, die Eisenbahn nach Südfrankreich voranzutreiben zu können.

(Komm. Zurufe: „Das ist die Vorbereitung vor der Volkspartei!“)

Das Wichtigste zur Lösung der Reparationsfrage ist die Stärkung der Kraft der Industrie und der Landwirtschaft. (Zuruf des Gen. Torgler: „Und das Verhungern von 5 Millionen Erwerbslosen!“)

Es ist erreglich, daß sich die Regierung mit den Vertretern der Landwirtschaft auf einen Gelampian zur Rettung der Landwirtschaft geeinigt hat.

(Dauernde kommunistische Zurufe: „Wo bleibt der Sozialplan zur Rettung der Arbeiterklasse!“)

Auf unserer Seite durch die Abgeordnete (Zuruf: „Wie war denn das?“)

Stürmische Heiterkeit haben wir den Eindruck gewonnen, daß Hilfe unbedingt notwendig ist. Wir haben auch mit den Vertretern der Landwirtschaft eine Einigung über das Obsterzeugnis erzielt. (Komm. Zurufe: „Da macht der Janushauer wieder ein Geschäft!“)

Wir planen die Vorbereitung einer Kommission zur Prüfung des Arbeitslosenproblems. (Stürmische kommunistische Unterbrechungen. Zurufe: „Er verzögert die Erwerbslosen“, „Der ewige Schmus!“)

Alle unsere Pläne können nur durchgeführt werden, wenn der Etat beschleunigt wird. Darum haben wir auch eine Einigung erzielt mit der Mehrheit des Hauses über eine Veränderung der Geschäftsordnung. Wenn wir den Etat bis zum 31. März verabschieden, dann folgen auch die Kreditmaßnahmen im Ausland.

Nach der Rede des Reichkanzlers verlangt der Abg. Stöhr (Nationalsozialist) die Beratung der Aussprache. Dieser Beratungsantrag wird abgelehnt.

Die Debatte wird eröffnet durch den Redner der kommunistischen Fraktion,

Genosse Ulbricht

(Die Nationalsozialisten, voran Goebbels, verlassen stichartig den Sitzungssaal. Die Kommunisten rufen: „Goebbels-Insult!“)

Genosse Ulbricht beginnt mit den Worten: „Ein Goebbels-Insult nur, wenn die Anklagen der Kommunisten niederschlagen. (Seht wohl! d. d. Komm.) Wenn die Vertreter der

Großindustrie rufen, dann fucht er. (Lebhafter Beifall d. d. Komm.)

Die kommunistische Partei ist die einzige antikapitalistische Partei, die einzige Partei, die den Kampf gegen die Hungerregierung führt. Herr Brüning erklärte in seiner Rede, daß er mit allen Kreisen der Bevölkerung in den Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise einig sei. Aber es ist offensichtlich, daß alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung nicht einig mit ihm sind. (Beifall und Seht wohl! d. d. Komm.)

Wenn Arbeiterkreise, die in Oberfranken, im Osten, in Sachsen den Kanzler mit lauten Eiern empfangen haben, haben bestimmt nicht damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie mit ihm einverstanden sind. Im Gegenteil,

das ganze arbeitende Volk in Deutschland ist sich einig in dem Ruf: „Der Reichkanzler ist unser Hungerkanzler!“

Nach dem vorliegenden Etat bekommen 1 Million Erwerbslose keinen Pfennig Unterstützung mehr. (Hört, hört! im ganzen Hause.)

Während im vorigen Jahre noch 80 Prozent der Erwerbslosen aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt wurden, waren es im Dezember nur noch 57 Prozent. Zu gleicher Zeit aber, wo verarmte Erwerbslose aus bitterster Not zum Sozialstaat stellen, beschließen die bürgerlichen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten Millionen Subventionen an die Großindustrie. (Hört, hört! d. d. Komm.)

Die Durchführung der faschistischen Politik der Brüning-Regierung bedeutet den verdrängten Lohnraub. (Hört, hört! im ganzen Hause.)

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne. Die Arbeiter haben keinen Lohn, sondern nur die Hungerlöhne.

Mit Gummiknüppel in die Spree gejagt

Erwerbslosen, „Fürsorge“ des Sozialfaschisten Orzeszinski / Die Massen werden am 25. Februar ihre Empörung und Kampfbereitschaft demonstrieren

Berlin, 8. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Seitern kam der Sturm der Arbeiterklasse gegen den nationalsozialistischen Terror auf den Stempel- und Zählstellen zum Ausdruck. Spontan trafen die Erwerbslosen vor dem Arbeitsschmeis Spreerkasse zusammen. SPD-Arbeitsamtsbürokratie stürmte sofort Polizei. Mit Gummiknüppeln wurde die Erwerbslosen, die sich inzwischen zu Hunderten angelammelt hatten, förmlich in das Wasser gedrückt. Der Arbeitsschmeis befindet sich dicht an der Spree. Die Erwerbslosen sammeln sich zum Teil auf einem Dampfer und auf der Landungsbrücke. Nach einer kurzen, begeistert aufgenommenen Walpurgis löste sich die Menge auf. Wenige Minuten später drang ein Polizeikommando in das Lokal des Erwerbslosenvereins und verhaftete fast hundert Erwerbslose.

Die tägliche Blutarbeit der braunen Young-Landsknechte

In Ekstase bei Berlin kam es gestern zu einer Saalschlacht in einer Kneipensammlung. In der Versammlung waren auch zahlreiche kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter anwesend. Ein Sozialdemokrat und ein Kommunist sprachen in der Diskussion. Der kommunistische Redner brachte so viel Tatsachen über die arbeitervindliche Haltung der NSDAP, daß die Versammlungsgleitung auf ein Signal hin über die Arbeiter berief. Mit Stuhlbeinen, Biergläsern und anderen Wodmassen kürzten sich die Nazis auf die anwesenden Arbeiter. Diese setzten sich gemeinsam energisch zur Wehr.

Millionen für die Massen — für das hungernde Volk nichts

Berlin, den 6. Februar.

Die bürgerliche Presse meldet, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der kommunistischen Fraktion über den Inhalt eines Staatsvertrages abgeschlossen sind. Die Auseinandersetzung steht bevor.

Berlin, den 8. Februar.

Das Kabinett Schuler hat dem Reichstag eine Vorlage über die Abgabe von künftigen Zinsen an die Reichsregierung vorgelegt. Die Vorlage ist in dem vorherigen Reichstag nicht mehr erörtert wurde. Die Reichsregierung soll nach einer Million aus Staatsmitteln erhalten.

In der Debatte über die Vorlage wird eine nicht nur für das Finanzkapital, sondern auch für die Arbeiterklasse in unerwarteter Weise gelobt. Die Arbeiter aber werden am 25. Februar, dem Weltkampf gegen Arbeitslosigkeit, aufmarschieren und in der Mit-

tionenfront den Kampf gegen dieses zynische System aufnehmen. (Den Landtagsbericht der gestrigen Sitzung bringen wir morgen.)

Selbstes neuester Volksbetrug

Berlin, den 8. Februar.

Der Stahlhelm hat an die preussische Regierung ein Schreiben gerichtet mit dem Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens, zur Auflösung des Preussischen Landtages. Der Zweck dieses Volksbegehrens ist, eine erneute umfassende Kampagne der Reichsregierung zur politischen und organisatorischen Vorbereitung eines Interdemonstrationstages gegen die Sowjetunion.

Nazis und SPD schüken Riesengehälter der Minister

Die Beamten werden um ihre Forderungen betrogen

Berlin, den 8. Februar.

Im Haushaltsauschuss A des Reichstages fanden am 4. Februar die Anträge der einzelnen Parteien, die zur Besoldungsfrage Stellung nahmen. Bereits in der Erörterung kam der wahre Charakter der einzelnen Vorschläge für die Forderungsbekämpfung zum Ausdruck. Im Ausschuss A wurde dies noch besonders erörtert. Es standen die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten für die Herabsetzung der Ministergehälter und der Gehälter der höheren Beamten.

Wie im Reichstag wurde auch hier versucht, gezielte Besoldungsmaßnahmen als „Zuständigkeitsangelegenheiten“ anzusehen. Während in dieser Hinsicht die SPD obwohl sie einen eigenen Vorschlagsentwurf zur Herabsetzung der Ministergehälter auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Der Vorsitzende Niedmann (SPD) verlangte die Fortsetzung der Tagesordnung die Ablehnung dieser Anträge, da sie nicht zur Zuständigkeit des Ausschusses gehören. Aber hier basierte Theater wie im Reichstag, wo es möglich geworden wäre, den Besoldungsantrag der Sozialdemokratie noch vor dem 1. Februar zur Abstimmung zu bringen, der aber bekanntlich einem Interdemonstrationstag übergeben wurde.

Gegen die Besoldungen der Minister wurden von der Reichsregierung bis zu den Sozialdemokraten diese Anträge auf Herabsetzung der Ministergehälter übergeben. Beratungen in der Vergangenheit über ähnliche Anträge haben bewiesen, daß auch andere Ausschüsse die „Zuständigkeits-

Neues Betrugsmanöver der „Linken“

SPD-Bürokratie

Ablehnung des Arbeitslosenbeschlusses durch die Funktionäre

Die Funktionärsversammlung der SPD Leipzig hat gegen eine Stimmeneinstimmung der Ortsvereine angenommen, die den Arbeitslosenbeschluss ablehnt, jedoch kein Wort über Maßnahmen zur Bekämpfung des Kampfes enthält.

Eine solche Entscheidung ist nichts als eine Geste. Die Schärfer und Teilgräber denken gar nicht daran, einen Kampf gegen den Sprengstoff der Arbeiter zu führen. Durch die Resolution führen sie lediglich ein Verschleiervorgang durch. Die Leipziger Metallarbeiter haben die Pflicht, den Arbeitslosenbeschluss nicht nur abzulehnen, sondern ihn sofort mit dem Streik zu beantworten.

Was heißt denn eigentlich Kampf gegen die Durchführung der Young-Tribute? Das heißt Streik gegen Lohnraub, d. h. Walfenkauf gegen den Unterhaltungsraub. Das bedeutet Walfenkauf gegen den Erwerbsschaden, damit sie ihre Forderungen durchsetzen. Walfenkauf auch jener kleinbürgerlichen Massen, die die Young-Steuern nicht mehr zahlen können, das bedeutet Steuerabgabe. Aber überall, wo die Massen sich gegen die Durchführung der Young-Pläne wenden, da zeigt sich, daß die Nationalsozialisten die besten Freunde des Herrn Young sind. (Goebbels ist inzwischen im Saal erschienen.)

Herr Goebbels, ich frage Sie, war es nicht Ihr Minister Fried, der in Thüringen dem Reichkanzler Brüning das Beispiel gegeben hat zur Einführung der Kopfsteuer, einer typischen Young-Steuer?

War es nicht Fried, der in Thüringen die Wohnungsmiete erhöhte und damit auch Herrn Brüning ein Beispiel zeigte, wie die Young-Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes gelegt werden? Fried hat in Thüringen die Unterhaltungen der Erwerbslosen abgebaut, um aus diesen Unterhaltungen die Summen für die Zahlung der Young-Tribute einzusparen. Die Nationalsozialisten fordern die Zwangsarbeit, damit die Millionen noch weitere Millionen einstreifen können.

Der Massenmarsch der Arbeiterbattalione und Erwerbslosen wird dem Young-Plan unmöglich machen. Wir werden die Unterstützung des Goebbels im „Angriff“ zum Arbeitermord bewahren mit dem Appell an die Arbeiter, sich mit allen Mitteln selbst zu schützen.

Immer größere Massen von Arbeitern begreifen die historische Wahrheit, daß es keine Schwere der Arbeiterklasse gibt, bevor die Arbeiterklasse nicht selbst bewaffnet ist.

Wir lagern dem arbeitenden Volk: Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter den Kampf um Lohn und Brot, um Kampf um Arbeit und Freiheit, die Fabriken, den Grund und Boden, die Banken in ihre eigenen Hände nehmen müssen. (Handklopfen bei den Kommunisten.) Nur auf dem Wege der Organisation der Volksoffensive, nur im Kampf um ein Sowjetdeutschland wird die deutsche Arbeiterklasse ihre deutschen und internationalen Elendhalter zum Teufel jagen.

Das dritte Reich der Goebbels und Hitler ist das Reich der schlimmsten Sklaverei. Nur ein Sowjetdeutschland bringt dem geknechteten arbeitenden Volk Arbeit, Brot und Freiheit. (Beifall minutenlang bei den Nationalsozialisten.)

Abgeordneter Goebbels (Nationalsozialist) wird von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen empfangen. Es bricht durch den Reichstag: „So sieht ein Arbeitermörder aus!“ Goebbels stellt sich in Pose, aber minutenlang kommt er nicht zum Sprechen. Und was er dann schließlich sagt, ist kaum wiederzugeben: nichts wie Phrasen, Wichtigkeit! Wenn er nach ungefähr 10 Minuten jeweils sich in andere Pose warf und den Tonfall seiner Stimme veränderte. „Nach der man nicht in die Hölle!“ rief ein Berliner kommunistischer Abgeordneter. Und Goebbels verließ sich darauf, um die höchste ideologische Wirkung zu erreichen, zu der Feststellung, daß die Stimme, die aus dem Nationalsozialismus spreche, Gottes Stimme sei.

Geradesamt jammernoll war Goebbels' Kritik am Fröhenprogramm. Er entschuldigte sich bei Brüning persönlich wegen dieser Kritik mit dem Hinweis darauf, daß ja auch das Zentrum vor dem Krieg (1) die Anwendung der Kritik gelehrt habe.

Zum Schluss seiner Rede stellte Goebbels den obersten Grundgedanken des dritten Reiches auf, indem er behauptete: „Wir wollen, daß das Volk opfern will und muß.“

Abg. Sellmann (SPD): Wir wenden uns gegen die nationalsozialistische und kommunistische Wundervisionen. Politische Wirren in Deutschland würden den Verlust weiterer Millionen bringen. Die Stunde ruft nach Führern. Diese Führung darf aber nur ein Ziel setzen: Deutsches Volk und deutsche Freiheit und deutsche Zukunft! (Beifall bei den Sozialdemokraten, kommunistische Zurufe: „Hipp, hipp, hurra!“)

Gegen 19.30 Uhr wird die Aussprache vertagt auf Freitag den 8. Februar, 16 Uhr.

Eine halbe Milliarde Sowjetaufträge in Deutschland

Die russische Handelsvertretung in Berlin hat 1930 50 Millionen in der Höhe von 500.000.000 Mark in Deutschland verbucht. Das ist eine Steigerung um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Verteilungen in dieser Höhe werden sich künftig durch den fortwährenden sozialistischen Aufbau der Sowjetunion.

Heraus zum
Der Kampf

Am 8. Febr.
Der Kampf

Der Kampf
gegen die auf
entfallt
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die

Die Kampf
gegen die
gegen die
gegen die